

Antrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Sabine Lübke (KV Freiburg)

Gegenstand: Kluge Regeln schaffen Freiheit

1 Antragstext

2 Kluge Regeln schaffen Freiheit

3 Fragen wir nach der Freiheit sind die weitreichenden Konsequenzen von
4 Umweltzerstörung, Ressourcenverknappung und Klimawandel sowie die Folgen
5 sozialer Ungleichheit die zentralen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen unter
6 denen wir unser Freiheitsverständnis entwickeln. Von hier aus definieren wir
7 auch eine wirtschaftspolitische Neuorientierung, nachdem liberale
8 Wirtschaftskonzepte in die schwerste Krise seit den 1930er Jahren geführt haben.

9 Eine Politik, die sich diesen Bedingungen ernsthaft stellt und glaubwürdige
10 Maßnahmen einleiten will, wird den Menschen auch Zumutungen nicht ersparen
11 können. Wenn wir der wachsenden sozialen Ungleichheit wirksam gegensteuern
12 wollen und wenn wir ernsthaft ausreichend Mittel für die dringlichen
13 Zukunftsinvestitionen in Bildung, Wissenschaft, Infrastruktur, soziale
14 Integration und ökologischen Umbau mobilisieren wollen, ist es nicht mit ein
15 paar kosmetischen Korrekturen getan.

16 Ein grünes Freiheitsverständnis lässt sich nicht ohne jeden Bezug auf die Frage
17 der gesellschaftlichen Ungleichheit entwickeln. Die heute aus dem Marktgeschehen
18 resultierende Verteilung ist nicht befriedigend und wird nicht mehr als gerecht
19 empfunden. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung kann von freier Entfaltung
20 nur träumen. Der Staat ist unverzichtbar als Garant gerecht empfundener
21 Umverteilung und Absicherung und Freiheit vor Existenzangst. Wir werden in
22 Zukunft keine gerechte gesellschaftliche Entwicklung haben können, ohne dass der
23 Staat - weitergehend - in den Bereich der Einkommens- und Vermögensverteilung
24 eingreift. Steuererhöhungen können nicht aus Rücksicht auf betroffene
25 Wählerschichten ausgeschlossen werden, wenn sie gesamtgesellschaftlich
26 vernünftig erscheinen. Staatsdefizite können nicht in einer falschen Analogie zu
27 Privathaushalten a priori ausgeschlossen werden. Eine solche Politik kann in der

28 nächsten Krise soziale Ungleichheit noch weiter verschärfen, so dass von
29 Chancengleichheit keine Rede mehr sein kann. Die Grünen bleiben bei ihrer
30 Tradition, die bisher Freiheit nicht ohne Gleichheit und Solidarität gedacht
31 hat!

32 **Schutz freiheitlicher gesellschaftlicher Verhältnisse**

33 In einer Welt mit weitgehend offenen Grenzen und Internet wird zudem der Schutz
34 vor Wirtschaftskriminalität, organisierter Kriminalität und Terrorismus immer
35 wichtiger und schwieriger. Solche weltweiten Erscheinungen können unmöglich
36 wirksam bekämpft werden, ohne dass die Staaten die Überwachung vieler
37 Aktivitäten weiter ausbauen. Bei aller berechtigter Kritik an NSA & Co.: das
38 Thema *Schutz der Bürgerrechte* ist zu komplex für einfache Antworten. Wir
39 befassen uns darum intensiv mit der Abwägung der veränderten Erfordernisse für
40 den *Schutz der Bürger und der freiheitlichen gesellschaftlichen Strukturen*.
41 Besonders wichtig ist hier, die Frage nach besserer demokratischer Überwachung
42 der Überwacher*innen zu stellen, und danach, wer letztlich entscheidet, was
43 überwacht wird und was nicht.

44 Der Straßenverkehr ist in Deutschland heute sehr stark reguliert. Und doch
45 stehen wir Grüne hier eher für noch stärkere Regulierung - etwa
46 Geschwindigkeitsgrenzen auf der Autobahn, Dezibel-Grenzen bei Motorrädern oder
47 gar eine Ausweitung verkehrsfreier Flächen. Wie beim Straßenverkehr entspringen
48 auch die in der Wirtschaft geltenden Regeln nicht einfach bürokratischer
49 Willkür, sondern einem Regelungsbedarf, der mit der Intensität und
50 Ausdifferenzierung des Wirtschaftsgeschehens und dem Ausmaß seiner externen
51 Effekte steigt. Nur der Bedarf an ständiger Regelanpassung wird hier erheblich
52 größer, weil Wirtschaftsabläufe komplexer sind und sich sehr viel schneller
53 verändern als die Abläufe im Verkehr.

54 Gewiss ist jedoch, dass wir in sehr vielen Bereichen - keineswegs nur bei Banken
55 und Großkonzernen - eine wesentlich striktere Regulierung und auch eine bessere
56 Überwachung wirtschaftlicher Aktivitäten brauchen. Wir haben Verständnis für die
57 Belange von Unternehmer*innen, wo sie zu Recht unnütze Bürokratie und
58 dysfunktionale Regulierungen beklagen. Hier kann eine politische Kultur des
59 Gehört Werdens sehr hilfreich sein, um bessere Regulierungen zu finden. Und auch
60 beim Umgang von Behörden mit den Bürger*innen kann eine solche Kultur, wenn sie
61 mit etwas mehr Flexibilität verbunden wird, dazu beitragen, dass die sture
62 Anwendung von Regeln nicht über berechnete Anliegen und pragmatische Lösungen
63 dominiert.

64 Doch Bürokratieabbau und Deregulierung als allgemeines politisches Ziel zu
65 vertreten, ergibt keine Schärfung des liberalen Profils der Grünen. Wir können
66 nicht im Umweltbereich wie auch bei Banken und Großkonzernen, für striktere
67 Regulierungen eintreten, den Mittelständlern und Freiberuflern aber gleichzeitig
68 Deregulierung versprechen. Das passt nicht zusammen und wäre nichts weiter als
69 Klientelpolitik.

70 **Die Herausforderung für den öffentlichen Diskurs und den Staat**

71 Mit einfachen und klaren Regelungen eine große Wirkung zu erzielen ist immer das
72 Ziel. Der liberale Traum, es brauche nur einige wenige Regeln als Rahmen,

73 ansonsten gehe es einzig darum, die maximale Freiheit der Individuen zu sichern,
74 ist aber weltfremd und nur verständlich als Ergebnis einer historisch einmaligen
75 wirtschaftlichen Expansionsphase, die inzwischen in ein sehr kritisches Stadium
76 geraten ist. Die Aufgabe, vor der die immer komplexer werdende moderne
77 Gesellschaft steht, ist nicht der Abbau von Regeln, sondern die Erfindung
78 besserer und die Auswahl und Implementierung der besten Regeln.

79 **Die Grenzen des planetaren Handlungsspielraums einhalten**

80 Der Klimawandel stellt uns vor eine epochale Aufgabe. Selbst bei großem
81 Optimismus im Hinblick auf die Potentiale neuer Technologien und deren schneller
82 Marktdurchsetzung bleiben zwei Grundprobleme: die mit steigenden Einkommen
83 wachsenden Konsumansprüche und die anhaltend starke Vermehrung der
84 Weltbevölkerung. Diese beiden Faktoren drohen jede Verringerung der
85 Umweltbelastung, die durch innovative Technik erzielt wird, in ihrer Wirkung
86 aufzuheben. Dabei ist uns klar, wie extrem eng das verbleibende Zeitfenster
87 inzwischen geworden ist, innerhalb dessen eine völlig katastrophale Entwicklung
88 des Klimawandels mit hoher Wahrscheinlichkeit noch verhindert werden kann!

89 Um das Klimaproblem in den Griff zu bekommen, muss der Emissionshandel neu
90 justiert und die Besteuerung stärker auf den Rohstoffverbrauch verlagert werden.
91 Das damit verfolgte Ziel ist, Preise die ökologische Wahrheit sagen zu lassen
92 und auf Märkte und Innovationen zu setzen, um den ökologischen Strukturwandel
93 möglichst effizient voranzutreiben. Es geht darum, die wissenschaftlichen
94 Erkenntnisse über den planetaren Handlungsspielraum als den Maßstab zu
95 definieren, an dem sich ein angemessener Ordnungsrahmen orientieren muss.

96 Ebenso wichtig ist die Klärung der Frage, wie man diesen Spielraum so aufteilen
97 kann, dass sich alle Akteure einigermaßen gerecht behandelt fühlen und daher dem
98 entsprechenden Ordnungsrahmen zustimmen können. Immerhin gab es das politische
99 Bemühen, in dieser Richtung voranzukommen und Zielwerte zu bestimmen. So kam das
100 2-Grad-Ziel in Bezug auf den Klimawandel zustande, und die Rechnung, dass eine
101 Reduktion der Treibhausgas-Emissionen der Industrieländer um 80-95% erforderlich
102 ist, um den übrigen Ländern noch ausreichende Wachstumsmöglichkeiten
103 einzuräumen. Wirklich beeindruckende Fortschritte gibt es aber nur bei der
104 Energieerzeugung aus Erneuerbaren. Diese jedoch hat ein aktiver Staat ermöglicht,
105 der gegen die liberalen Marktprinzipien auf die Förderung zukunftsweisende
106 Technologien gesetzt und dafür geeignete Marktbedingungen erst gestaltet hat.

107 Zahlreiche Beispiele zeigen, wie Menschen im lokalen oder regionalen Rahmen
108 erfolgreich in der Lage sind, sich Grenzen zu setzen, um mit begrenzten
109 Umweltressourcen schonend und nachhaltig umzugehen. Dies hat vor allem Elinor
110 Ostrom in ihren Arbeiten gezeigt. Die große Schwierigkeit auf globaler Ebene, zu
111 bindenden Vereinbarungen mit klaren, durchsetzbaren Regeln zu kommen, darf nicht
112 zur Ausrede werden, das unangenehme Thema der notwendigen tiefgreifenden
113 Transformation unserer Wirtschaft beiseite zu schieben und sich pragmatisch auf
114 das im Politikbetrieb gerade Akzeptierte und Durchsetzbare zu beschränken.

115 Um diese Grenzen zu setzen, brauchen wir einen aktiven Staat. Das kommt
116 vielleicht nicht gut an bei einer Mittelschicht, die gerade auf einer Welle des
117 ökonomischen Erfolgs schwimmt. Gelingt es unserer Spezies jedoch nicht, die

118 Zwänge der Natur auch in institutionelle Zwänge zu übersetzen, die unser
119 Verhalten in Bahnen der Nachhaltigkeit lenken, dann wird die notwendige
120 Umwelthanpassung trotz aller technischen Möglichkeiten scheitern. Ein
121 Ordnungsrahmen aber, der den Anpassungszwängen gerecht wird, würde keine nur
122 graduelle Veränderung, sondern eine völlig neue Qualität bedeuten. Erst von
123 einem derartigen Rahmen ausgehend kann sich ergeben, welche Spielräume für
124 Konsumansprüche bei den jeweils verfügbaren Technologien und angesichts der
125 damit verbundenen globalen Verteilungsfragen tatsächlich gegeben sind.
126 Empfindliche Preiserhöhungen könnten etwa den heutigen Grad der Mobilität - für
127 viele ein Inbegriff von Freiheit - und andere bisherige Konsummuster und
128 Selbstverständlichkeiten der Lebensführung in Frage stellen.
129 Die Freiheit des Wirtschaftens ist bislang mit dem Anreiz und der Erwartung
130 verbunden, Einkommen laufend steigern zu können. Doch das bisherige Muster
131 ständiger Wohlstandssteigerung lässt sich nicht mehr weiter aufrechterhalten.
132 Produktivitätssteigerungen müssen auf absehbare Zeit anders genutzt werden,
133 müssen vor allem in Zukunftsinvestitionen oder Arbeitszeitverkürzungen statt in
134 die Erhöhung des Konsums fließen. Das ist nicht möglich, ohne dass der Staat
135 tief in den Marktprozess eingreift. Manche der Vorstellungen von Freiheit, die
136 sich in einer über zweihundert Jahre anhaltenden Expansionsphase der Wirtschaft
137 herausgebildet haben, sind nicht zukunftsfähig.

138 **Wir brauchen keine Deregulierung, sondern bessere Regeln**

139 Die Rahmengrößen, die es zur Bewältigung der ökologischen Zukunftsprobleme
140 braucht, können nur aus der Wissenschaft kommen. Es verlangt politische Führung,
141 nicht nur das Moderieren öffentlicher Diskurse, um diese Vorgaben auch
142 durchzusetzen. Auch wenn die Menschen abstrakt um die Umweltprobleme wissen, so
143 sind Abwehr und Verleugnung doch groß, sobald materielle Interessen und tief
144 eingewurzelte Selbstverständlichkeiten der Lebensführung in Frage gestellt
145 werden. Es geht nicht um Bevormundung, sondern einzig darum, bestimmte, nur
146 naturwissenschaftlich zu fassende Grenzen der Belastbarkeit der Ökosysteme und
147 des Klimas einzuhalten. Wir müssen unsere Ansprüche an die Natur zurücknehmen,
148 weil sie nicht mit einer nachhaltigen Produktionsweise vereinbar sind, und
149 Milliarden von Menschen gerade dabei sind, höhere Konsumansprüche zu stellen.
150 Angesichts dieser Lage ist es falsch, den Begriff Freiheit mit einer Art
151 Konsumgarantie zu verbinden.

152 Um die Welt auf einen Kurs der Nachhaltigkeit hinzubewegen, ist es notwendig,
153 den wissenschaftlichen Diskurs mehr denn je zur politischen Orientierung zu
154 nutzen, und auch politisch zu kommunizieren. Mit Habermas ließe sich sagen, dass
155 heute nur die Wissenschaft brauchbare Orientierung für die Regelung von
156 Problemen der objektiven Welt liefern kann, während für die Regelungen im
157 Bereich der sozialen Welt, etwa die Aushandlung von Fragen der Angemessenheit
158 und Gerechtigkeit, die Diskurse der Bürgergesellschaft nach wie vor von höchster
159 Bedeutung sind. Allerdings sind die Zeiten vorbei, in denen die Politik der
160 Regelung der sozialen Fragen absoluten Vorrang einräumen konnte. Heute ist es
161 vielmehr zur dringlichsten politischen Aufgabe geworden, den Stoffwechsel mit
162 der Natur unter Kontrolle zu bringen, bevor er völlig entgleist. Paradoxerweise
163 ist jedoch die Lösung der sozialen Fragen, insbesondere im Zusammenhang mit der
164 wirtschaftlichen Krise, vermutlich unabdingbare Voraussetzung dafür, sich
165 überhaupt angemessen auf die Umweltprobleme konzentrieren zu können.

166 Da Wissenschaftler*innen oft umstrittene und widersprüchliche Ergebnisse
167 produzieren, bleibt eine große Verantwortung bei der Politik: Sie muss letztlich
168 die Auswahl unter den Wissenschaftler*innen und Lehrmeinungen treffen, an denen
169 sie sich orientieren will. Die Organisation großer wissenschaftlich-politischer
170 Debatten über kontroverse Fragen könnte dabei eine neue Qualität des
171 öffentlichen Diskurses befördern: weg von der Dominanz des ideologischen
172 Schlagabtauschs und hin zu höheren Standards der Korrektheit der Darstellung von
173 Sachverhalten und der kohärenten Integration des verfügbaren Wissens. Solche
174 großen Debatten können auch die Akzeptanz von Entscheidungen befördern, die
175 unmittelbaren Interessen der Bürger*innen widersprechen.

176 Heute muss das Ziel sein, eine gesellschaftliche Autorität zu etablieren, die
177 für die Einhaltung der ökologischen Grenzen eines sicheren Handlungsspielraums
178 für die Menschheit sorgt, selbst wenn das empfindliche Einschränkungen unserer
179 Ansprüche bedeuten sollte. Ideal wäre, wenn die Festlegung bestimmter Parameter
180 der Umweltpolitik dem üblichen politischen Prozess vorgelagert und in die Hand
181 unabhängiger Expertengremien gegeben wäre - aus Einsicht in die
182 Unzulänglichkeiten des politischen Prozesses. Die modernen Staaten sind gut
183 damit gefahren, die letzte Kontrolle der Gesetzgebung einem unabhängigen
184 obersten Gericht und die Geldpolitik einer unabhängigen Zentralbank zu
185 überlassen, wobei der Politik ihrerseits eine letzte Kontrolle durch die
186 personelle Besetzung dieser Expertengremien behält. So könnte auch die
187 Festlegung der Zahl der Zertifikate im Emissionshandel in ähnlicher Weise einem
188 unabhängigen wissenschaftlichen Expertengremium übertragen werden, das auf die
189 Erreichung eines demokratisch beschlossenen langfristigen Zielwertes
190 verpflichtet ist.

191 Es geht nicht um die Frage, ob Wachstum ja oder nein oder Kapitalismus ja oder
192 nein. Doch einige wenige, für die Lebensbedingungen auf dieser Welt
193 entscheidende Grenzen müssen unbedingt eingehalten werden. Sie betreffen etwa
194 die Menge der Treibhausgase, die emittiert werden dürfen, die Menge der Fische,
195 die gefangen werden können oder die Zahl und Größe von Ökosystemen, die
196 geschützt werden müssen, um die Artenvielfalt zu erhalten. Freie Entfaltung der
197 Menschen kann dauerhaft nur gelingen, wenn sie sich innerhalb dieser Grenzen
198 bewegt. Sollte sich herausstellen, dass technologische und soziale Innovationen
199 es erlauben, unseren Konsum innerhalb dieser Grenzen in jeder Hinsicht weiter
200 aufrechtzuerhalten oder gar noch zu steigern, wäre das wunderbar. Doch das
201 können wir nicht im Voraus wissen und auf die Sicherung der Grenzen verzichten,
202 in der vagen Hoffnung oder trügerischen Heilsgewissheit, dass uns aus
203 Innovationen die Rettung schon erwachsen wird. Unter Bedingungen weltweit
204 einigermaßen gerecht verteilter Ansprüche an Naturnutzung, was immer das genau
205 heißen soll - darüber können nur politische Aushandlungsprozesse entscheiden -,
206 würde es jedoch überraschen, wenn es zu keinerlei fühlbaren Einschnitten bei
207 unseren Konsumansprüchen zu kommen bräuchte.

208 **Aktiv gestaltender statt liberaler Staat**

209 Aus verschiedenen Gründen lassen sich die Verhältnisse der wirtschaftlich
210 prosperierenden Regionen nicht beliebig durch Nachahmung eines verallgemeinerten
211 Erfolgsrezepts auf andere Regionen übertragen. Die liberale Vorstellung der
212 Gesamtwirtschaft entspricht der von einzelnen Märkten. Es geht demnach um einen
213 Konkurrenzkampf, in dem die Besseren zu Recht die Gewinner*innen sind. Der Staat

214 soll nur für faire Regeln sorgen, und schadet dem Gemeinwohl, wenn er in den
215 Konkurrenzkampf eingreift, denn es ist von allgemeinem Vorteil, wenn die
216 Leistungsfähigsten die unternehmerischen Entscheidungen treffen. Auf einzelne
217 Märkte bezogen hat diese Vorstellung ihre gute Berechtigung. Doch auf ganze
218 Regionen oder Länder übertragen, führt sie in die Irre. Denn auf dieser Ebene
219 treten nicht einfach nur erfolgreiche Unternehmen an die Stelle anderer, weniger
220 erfolgreicher, sondern es können sich gravierende Unterschiede für die
221 Lebensbedingungen der Menschen herausbilden. Die Vorstellung, dass es bei freien
222 Märkten zu einer automatischen Angleichung der wirtschaftlichen Leistung und
223 damit auch der Lebensbedingungen kommen würde, lässt sich genauso wenig
224 aufrechterhalten wie die, dass Marktprozesse automatisch zu einem Gleichgewicht
225 bei Vollbeschäftigung tendieren, wenn sie nur nicht durch marktfremde Eingriffe
226 gestört werden. Daher ist die liberale Vorstellung von einem Staat, der sich aus
227 der Wirtschaft heraushalten und nur einen Ordnungsrahmen setzen soll, nicht
228 angemessen. Es braucht einen aktiven Staat, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und
229 eine gesunde, für alle Seiten lohnende wirtschaftliche Kooperation der Regionen
230 und Länder zu fördern.

231 Heute werden neoliberale Rezepte über den Hebel finanzieller Abhängigkeiten auch
232 anderen Ländern in Europa aufgezwungen. Das mag mitunter durchaus sinnvolle
233 Reformen auf den Weg bringen. Doch vielfach werden damit einfach nur die
234 Lebensbedingungen der Menschen massiv verschlechtert, ohne dass selbst nach
235 vielen Krisenjahren eine wirtschaftliche Perspektive für große Teile der
236 Bevölkerung erkennbar würde. Das Leben von vielen Millionen von Menschen in
237 Europa, die langfristig arbeitslos sind oder gar nicht in den Arbeitsmarkt
238 hineingelangen, werden derzeit auf Dauer ruiniert. Dieses Desaster ist Ergebnis
239 des liberalen Projekts eines europäischen Binnenmarktes mit gemeinsamer Währung,
240 doch ohne gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik, das gerade auch im
241 Interesse der deutschen Wirtschaft vorangetrieben worden ist. Darum stellen wir
242 Grüne die neoliberalen Wirtschaftsrezepte - auch über den Finanzsektor hinaus -
243 umfassend in Frage. Unkritisch den Liberalismus hochzuhalten, mag einigen
244 deutschen Unternehmern wie auch anderen Gewinner*innen der Marktkonkurrenz gut
245 gefallen. Doch den Menschen in den Krisenländern, die zu Opfern eines Mangels an
246 verantwortlicher Steuerung des Wirtschaftsprozesses geworden sind, dürfte eine
247 solche Freiheitsdiskussion eher wie ein Hohn vorkommen. Schließlich haben sie
248 ihre politische Selbstbestimmung in beträchtlichem Maße verloren.

249 **Ökologische Transformation erfordert Gestaltungswillen**

250 Die ökologische Transformation erfordert einen sehr aktiven Staat, der
251 umfassende Koordinationsleistungen erbringen muss und der tief in private
252 Profitmöglichkeiten und andere Ansprüche eingreift. Bei der Energiewende ist es
253 ja nicht mit der Förderung der erneuerbaren Energien getan. Es bedarf eines
254 begleitenden Konzeptes des Ausstiegs aus Atom und Kohle, das in Widerspruch zu
255 starken etablierten Interessen steht, und einen mit den veränderten
256 Anforderungen abgestimmten Netzausbau, dessen lokale Auswirkungen vielen
257 Bürger*innen oft kaum zu vermitteln sind. Es braucht Ansätze,
258 Versorgungssicherheit bei einem schnell und stark schwankenden Energieangebot zu
259 sichern, und vor allem, die Abstimmung der verschiedenen energiepolitischen
260 Instrumente auf diese Anforderungen. Das ist kein Staat, der nur einen Rahmen
261 setzt! Gleiches gilt für das Ziel, einen klimaneutralen Verkehr oder eine
262 naturschonende Landwirtschaft zu entwickeln.

263 **Die Frage der Ungleichheit verlangt neue Antworten**

264 Die Tendenz zunehmender Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen, die sich
265 verschärfenden Ungleichheiten zwischen Regionen in Deutschland wie in Europa und
266 nicht zuletzt auch die Herausforderungen des demographischen Wandels legen nahe,
267 dass der Bedarf an staatlicher Umverteilung in Zukunft beträchtlich wachsen
268 wird, sollen die Lebenschancen der Menschen nicht immer weiter auseinander
269 driften. Da Einkommen und Vermögen immer weniger aus individuellen Leistungen zu
270 erklären sind, sondern gerade an der Spitze in hohem Maße aus Chancen und
271 Profitmöglichkeiten resultieren, die sich oft nur für ohnehin schon
272 privilegierte Gruppen aus dem wirtschaftlichen Gesamtprozess ergeben, wäre es an
273 der Zeit, gerade nicht an die bisherigen liberalen Vorstellungen von
274 individueller Leistung, Eigentum und Vermögen anzuknüpfen. Der hohe Schutz
275 privater Vermögen ist als ein Kernelement des liberalen Freiheitsverständnisses
276 in Reaktion auf einen Staat entstanden, der in der Hand einer privilegierten und
277 ausbeuterischen Adelsklasse war. Er hat eine gewisse Berechtigung behalten, da
278 auch in der Demokratie der Staat oft zur Durchsetzung von Sonderinteressen
279 genutzt wird. Doch wir können uns unter den heutigen Bedingungen weder einen
280 Staat leisten, der von Sonderinteressen beherrscht wird, noch mit den
281 Ergebnissen abfinden, die sich aus dem Marktprozess ergeben. Somit muss über den
282 Staat wie über die Ansprüche und Rechte der Marktakteure grundlegend neu
283 nachgedacht werden. Ein Thema, das dabei für die Frage der Freiheit von hoher
284 Relevanz ist, ist die Vererbung von Vermögen von vielen Millionen oder gar
285 Milliarden, deren Entstehung in keiner Weise aus individuellen Leistungen zu
286 erklären sind, die in Familien weitervererbt werden.

287 **Freiheit des gesellschaftlichen Wissens**

288 Ein anderes Thema ist, inwieweit die Produktion von Wissen in privaten Händen
289 liegen und mit Eigentumsansprüchen verbunden sein soll. Patente sichern Monopole
290 auf Wissensvorsprünge, die enorme Profitmöglichkeiten bieten können, während
291 andere an der Anwendung des entsprechenden Wissens gehindert werden oder viel
292 dafür bezahlen müssen. Patente basieren auf einer breiten Wissensgrundlage, die
293 oft in hohem Maße durch staatlich finanzierte Forschung geschaffen wurde. Es
294 spricht viel dafür, dass der Nutzen für die Allgemeinheit weit höher sein
295 könnte, wenn der Staat von vornherein die Forschung so weit finanziert und
296 vorantreibt, dass Patente entweder von staatlichen Einrichtungen angemeldet
297 werden oder gar nicht mehr möglich sind, weil das Wissen frei verfügbar gemacht
298 wird. Das könnte viele exzessive Profitmöglichkeiten unterbinden und die
299 wirtschaftliche Produktivität durch eine schnellere Verfügbarkeit von Wissen für
300 alle wirtschaftlichen Akteure steigern.
301 Die Autonomie der Wissenschaft sollte im übrigen in einer freiheitlichen Ordnung
302 ein hohes Gut sein, das nicht der Abhängigkeit von Drittmitteln geopfert wird.

303 **Die Freiheit des Großen und Ganzen**

304 Heute einseitig den Aspekt der Freiheit zu betonen, heißt Anpassung an einen
305 Zeitgeist, der sich vom wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands berauschen lässt
306 und sich die Party nicht durch Bedenkenträger*innen und Miesmacher*innen
307 verderben lassen will. Auch wenn es völlig richtig ist, auf die Stärken der
308 modernen Sektoren zu setzen und sie nach Kräften zu fördern. Wir wollen im Namen
309 der Freiheit nicht nur einseitig Interessen bestimmter Fraktionen vertreten
310 sondern uns für die Interessen des Ganzen einsetzen - ganzheitlich Grün!

UnterstützerInnen

- Rudolf Witzke
- Jörg Partsch
- Christian Hey
- Benedikt Kaukler
- Ramon Katrein
- Pascal Haggenmüller
- Rafal Piasecki
- Vasili Franco
- Walther Moser
- Dierk Helmken
- Dietmar Ferger
- Horst Schiermann
- Michael Hoffmeier
- Matthias Falk
- Hartmut Gündera
- Jürgen Jackisch-Theisen
- Georg Berberig
- Christine Redlingshöfer
- Carola Dalhoff